

Rezensionen

Bernaras Ivanovas: Tautiškumo beiškant Antano Smetonos Lietuvoje (Auf der Suche nach dem Nationalismus in Litauen unter Antanas Smetona). Tautinių įvaizdžių klausimas (Die Frage der nationalen Bilder). Vilnius: Verus Aureus 2005. 342 S. ISBN: 9955-601-55-8

Im 11. Band der AA hatten wir bereits einen Auszug aus der oben genannten Dissertation veröffentlicht.¹ Daher ist es sinnvoll, auf diese bedeutsame Untersuchung über die Einstellung der regierenden Partei der Tautininkai zu Minderheiten in den dreißiger Jahren näher einzugehen. Das litauische Volk entwickelte sich in diesem Jahrzehnt endgültig zu einer Nation und begann auch öffentlich, Anspruch auf die alleinige Verantwortung für Litauen zu erheben. Bei der Wiedererrichtung des litauischen Staates 1918-1921 war die litauische Regierung noch auf die Unterstützung der Minderheiten angewiesen. Bis zum Umsturz im Dezember 1926 legte der litauische Staat Wert darauf, als Beschützer der Minderheiten gesehen zu werden. Den Minderheiten wurde eine weitgehende Autonomie gewährt. Noch bis Ende der zwanziger Jahre machten vor allem Vertreter der Juden und Polen einen nicht unerheblichen Teil der Führungsschicht im litauischen Staat aus. In Industrie und Handel dominierten seit alters her Juden, Polen und Deutsche, obwohl sie zusammen nur 18% der Bevölkerung ausmachten. Mit der Einführung des autoritären Regimes der Partei der „Tautininkai“, die zuvor im Seimas nicht einen einzigen Vertreter stellte, wurden Litauer im staatlichen Dienst immer mehr vorgezogen. Man fing an, die Minderheiten durch die Sicherheitsorgane zu observieren und die Spielräume der Minderheiten einzuschränken. Zwar gab es auch unter der Regierung von Antanas Smetona keine direkte Verfolgung der Minderheiten, aber man verdrängte sie allmählich aus dem öffentlichen Leben.

Die Untersuchung von Ivanovas beschäftigt sich allerdings nicht mit der Stellung der Minderheiten im litauischen Staat, sondern konzentriert sich auf die Einstellung der Tautininkai zu den drei größten Minderheiten der Juden, Polen und Deutschen. Die Tautininkai entwarfen eine Strategie für eine Teilintegration der Minderheiten und entwickelten ein Konzept zu ihrer Aufspaltung, indem man sie in Loyale, Nichtloyale und Feinde einteilte. Die Tautininkai hielten sich für die alleinigen Bewahrer des litauischen Volkes, glaubten an seine besondere Berufung und gaben vor, mehr die Volksgesamtheit als einzelne Individuen im Blick zu haben. Wer nicht Litauisch sprach,

¹ B. Ivanovas: Die Einstellung der Tautininkai gegenüber den Deutschen. In: Anabarger Annalen. 11,2003. S.24-48.

galt als illoyal, zumindest als verdächtig. Die Minderheiten sollten toleriert werden, aber nur dann, wenn sie sich loyal dem Staat gegenüber verhielten. Die Minderheiten sollten begreifen, dass der einzige Souverän im litauischen Staat das litauische Volk sei. Sie wurden unterteilt in diejenigen, die seit alters her in Litauen lebten, z. B. die Juden, - in solche, die im 18. und 19. Jahrhundert nach Litauen eingewandert waren, wie der Großteil der Polen und Deutschen, - und in ehemalige Litauer, die sich zu einer anderen Nationalität bekannten, was auf einen Teil der Polen und vor allem auf die Memelländer zutraf. Die Letzteren wurden am wenigsten geachtet, denn mit ihrem Verzicht auf das Litauertum hätten sie gegen ihre göttliche Bestimmung gehandelt.

Gleich nach dem Umsturz führten die neuen Machthaber Zensur ein und engten die Verbreitung ausländischer Presse ein. Das neue Pressegesetz von 1935 erlaubte dem Staat sogar, die Redaktion einer Zeitung abzusetzen sowie eine Zeitschrift zu verbieten, und zwang alle Zeitschriften, von amtlichen Stellen vorbereitete staatliche Artikel zu veröffentlichen. Vor allem die Presse der Minderheiten wurde einer starken Zensur unterworfen.

Die jüdische Minderheit stellte mit 154.000 Gliedern die größte Gruppe der Minderheiten. Ihre Loyalität war für die „Tautininkai“ von großer Bedeutung. Antisemitische Ausschreitungen duldeten man daher nicht. Die Zionisten wurden sogar als Beispiel für die Volkstreue vorangestellt, weil sie lieber auswandern als ihr Volkstum verlieren wollten. Nach außen hin bekannte sich Litauen stets als Beschützer des Judentums, vor allem in Hinblick auf die Juden im Wilnagebiet, die Litauen für sich zu gewinnen trachtete. Dennoch traten die Tautininkai für eine größere Präsenz der Litauer in der Wirtschaft, die weitgehend in jüdischer Hand war, ein. 1923 gehörten die Industrie und der Handel zu 80 % den Juden, 1940 sank ihr Anteil auf 50 %. Die starke Stellung der Juden in der Wirtschaft zwang das Regime der Tautininkai, die Juden weitgehend zu schonen und sie sogar vor litauischen Unternehmern, die sich auch vor antijüdischen Parolen nicht scheuten, zu beschützen.

Die drittgrößte Minderheitengruppe bildeten die Polen mit 63.625 Personen. Wegen der großen Gegnerschaft Litauens zu Polen misstraute man ihnen, andererseits umwarb man aber den polonisierten Adel und die gut ausgebildete polnische Oberschicht. Die Behandlung der polnischen Minderheit orientierte sich stark daran, wie der polnische Staat seine litauische Minderheit behandelte: wurden in Polen einige litauische Schulen geschlossen, so schloss man in Litauen genau so viele polnische. Bis 1936, als ein neues Gesetz bestimmte, dass die Minderheitsschulen nur noch von solchen Kindern besucht werden durften, deren beide Elternteile derselben Minderheit angehörten, besaß die polnische Minderheit zahlreiche polnische Schulen.

Zu der zweitgrößten Minderheit der Deutschen zählte man 88.563 Personen, wobei unter ihnen die Memeldeutschen, die sich bei der Zählung im Memelgebiet 1925 als Deutsche ausgaben, die größte Gruppe stellten. Diejenigen, die sich bei der Zählung als „Memelländer“ eintrugen, wurden nicht zu den Deutschen gezählt, sondern als germanisierte Litauer betrachtet. Somit konnten die Tautininkai behaupten, dass die germanisierten Litauer und die Memellitauer die Mehrheit der Bevölkerung im Memelgebiet stellten, auch wenn sowohl die „Memelländer“ als auch die Memellitauer größtenteils deutsche Parteien wählten. Die Tautininkai vertraten die Meinung, dass das Memelgebiet eigentlich litauisch sei, wenn man es von der deutschen Tünche befreie. Bis zur Machtergreifung der Nationalsozialisten in Berlin haben die Tautininkai sich wenig um die Bevölkerung im Memelgebiet gekümmert und tolerierten weitgehend den deutschen Charakter des Landes. Das änderte sich mit dem Übergreifen der nationalsozialistischen Bewegung ins Memelgebiet, als hier 1933 zwei einander verfeindete pronationalsozialistische Gruppierungen entstanden. In dieser Zeit entwarfen die Tautininkai ein sehr negatives Bild von den Memeldeutschen als Hitleranhänger. Im Prozess gegen die Anhänger von Neumann und v. Sass wurden die Anführer der beiden Parteien wegen antilitauischer Einstellung bestraft und die übrigen als Verführte dargestellt. Aber noch 1938 gaben die Tautininkai dieses Bild auf und stellten die Memeldeutschen als eine „ehrwürdige Minderheit“ dar. Anfang 1939 hörte man sogar auf, von Memellitauern zu sprechen und alle Lituanisierungsversuche im Memelgebiet wurden gestoppt. Diese Maßnahmen kamen zu spät und konnten nicht verhindern, dass Hitler im März 1939 Litauen gezwungen hat, auf das Memelgebiet zu verzichten.

Es ist bedauerlich, dass der Autor bei der Behandlung der deutschen Minderheit die Litauendeutschen, die völlig andere Traditionen pflegten, ausließ und auch die übrigen Minderheiten der Russen, Letten und Weißrussen nicht berücksichtigte. Lob verdient der Autor wegen seiner kritischen Bewertung der Einstellung der Tautininkai zu den Minderheiten. Der Autor distanziert sich ausdrücklich von den Methoden dieser autoritären Partei und verdeutlicht, dass sich das Bemühen der Tautininkai, die Minderheiten in Loyale und Nichtloyale zu spalten, weitgehend ins Gegenteil kehrte, denn der verstärkte Druck auf die Minderheiten Mitte der dreißiger Jahre trug zu ihrer Nationalisierung bei, was man vor allem anhand des Beispiels der Litauendeutschen sehen kann: Diese Volksgruppe, die in den zwanziger Jahren zu den Loyalsten gehörte und weitgehend apolitisch war, geriet Mitte der dreißiger Jahre unter den Einfluss des Nationalsozialismus, weil man der jungen Generation der Litauendeutschen keine Zukunft bot und sie unter starke Observierung durch die Sicherheits-

kräfte stellte. Dennoch muss man hinzufügen, dass die Minderheiten in Litauen auch unter Tautininkai weniger als in vielen anderen europäischen Staaten jener Zeit unterdrückt wurden.

Arthur Hermann

Christian-Alexander Schröder: Das „Territoire de Memel“. Entwicklung und Entstehung eines völkerrechtlichen Provisoriums. Berlin: Berliner Interuniversitäre Arbeitsgruppe „Baltische Staaten“. 2005. 124 S. (BIAB-Berichte. 27)

Bei der Rezension der Untersuchung von Isabelle Chandavoire² über die Verwaltung der Franzosen im Memelgebiet hatte ich das Fehlen einer tiefergehenden Beurteilung der Ereignisse in den Jahren 1918-1924 und die Nichtberücksichtigung deutschsprachiger Untersuchungen bemängelt. Zum selben Thema erschien 2005 die deutschsprachige Magisterarbeit von Christian-Alexander Schröder, die - vorweggenommen gesagt - alle Mängel der Vorgängerin vermeidet, mit einer klaren Themenführung und deutlicher Aussage glänzt und die Interessen aller handelnden Mächte ausreichend berücksichtigt. Es ist die erste Untersuchung, die die Entstehung des Memelgebietes und die „Franzosenzeit“ unter Berücksichtigung französischer, englischer und deutscher Quellen darstellt und auch die litauische Forschung, soweit sie in westlichen Sprachen erschienen ist, berücksichtigt.

Im Vergleich zu allen anderen vom Deutschen Reich abgetrennten Gebieten dauerte die Verwaltung der Franzosen im Memelgebiet am längsten. Bei der Entstehung und Verwaltung des Memelgebietes stellt der Autor das Vorgehen zwischenstaatlicher Organisationen und Interessengruppen ins Zentrum seiner Untersuchung, wobei er sachorientiert von spezifischen lokalen Begebenheiten ausgeht und die Memelfrage vorrangig im internationalen Kontext erörtert. Der Autor geht sehr ausführlich auf die Friedenskonferenz in Paris 1919 ein, auf der neben den Siegermächten nur Finnland und Polen Stimmrecht erhielten und sich somit an der Konferenz beteiligen konnten. Litauen, das damals von den Siegermächten nicht anerkannt war, durfte nicht ein Mal Beobachter senden. Die erste litauische Delegation wurde sogar verhaftet und auch bei der zweiten mussten einige Mitglieder illegal nach Frankreich einreisen. Da den litauischen Delegationen kein Rederecht erteilt wurde, erhielten sie auch keine Informationen, so dass ihr Einfluss auf ein Minimum beschränkt war. Die

² I. Chandavoire: Prancūzmetis Klaipėdoje ir kas po to, 1920-1932. Vilnius 2003. 189 S. ; siehe die Rezension in: Annaberger Annalen. 13,2005. S.288-290.

Memelfrage wurde auf der Konferenz selbst gar nicht erörtert. Sie wurde lediglich in der Kommission für polnische Angelegenheiten behandelt, in der die Forderungen des polnischen Delegationsleiters Dmowski, dem es vorrangig um die Zerschlagung Ostpreußens ging, die Oberhand gewannen. Er war auch derjenige, der der Kommission versicherte, dass die Litauer die Mehrheit der Bewohner des Memelgebietes stellten. Am 18.3.1919 reichte diese Kommission ihren Schlussbericht an die Konferenz mit dem Vorschlag weiter, das Memelgebiet vom Deutschen Reich abzutrennen und es vorläufig den Alliierten zu unterstellen, was die Konferenz am 18.4.1919 auch beschloss. Die weitere Behandlung des MG übernahm die neu gegründete Kommission für baltische Angelegenheiten, die sich einig war, das MG an Litauen anzuschließen, sobald Litauen eine Union mit Polen einginge. Die deutsche Delegation wurde erst am Ende der Konferenz am 29.4.1919 zugelassen, durfte jedoch nur schriftlich auf die Beschlüsse reagieren, wobei die deutschen Einwände gar nicht beachtet wurden. Auch auf die Forderungen der Memelländer, ihr Gebiet nicht vom Reich abzutrennen, ging man überhaupt nicht ein.

Für das MG war ursprünglich keine alliierte Verwaltung, sondern nur eine kleine Militäreinheit mit Franzosen und Briten vorgesehen. Die Besatzungskosten sollte das MG tragen. Im Juli 1919 bildete das MG auf eigene Initiative ein Vorparlament, bestehend aus den Stadtverordneten Memels und allen Kreistagsabgeordneten. Ein Viertel der Abgeordneten trat für den Anschluss des MG an Litauen ein und als dies abgelehnt wurde, verließen diese das Vorparlament. Die Alliierten lehnten jedoch ab, mit dem Vorparlament zu verhandeln. Sie vereinbarten direkt mit dem Deutschen Reich, dass der Öffentliche Dienst, darunter auch Lehrer, auf ihren Posten verbleiben durften. Da Großbritannien bald auf seine Beteiligung an der Militäreinheit verzichtete, schickte Frankreich am 14.2.1920 alleine eine Besatzungstruppe in der Stärke von 813 Mann unter der Leitung von General Odry ins MG. Odry beließ alle bisherigen Beamten im Amt und ernannte den geschäftsführenden Ausschuss des Vorparlaments zum Landesdirektorium. Ergänzend wurde ein Staatsrat, bestehend aus zwanzig ernannten Mitgliedern, gebildet. Alle Gesetze und Vorschriften blieben in Kraft. Odry war lediglich der Botschafterkonferenz in Paris rechen-schaftspflichtig. Alle Staaten richteten in Memel ihre Konsulate ein. Die deutsche Regierung behandelte das MG weiterhin als Inland. Der von Deutschland für das MG ernannte Reichs- und Staatskommissar Graf Lambsdorff, der in Gumbinnen residierte, durfte sogar ein Zweigbüro in Memel einrichten und kam öfters herüber. Auch währungspolitisch blieb das MG mit dem Reich verbunden.

Im Abtrennungsvertrag war nicht festgehalten, dass das MG an Litauen abgetreten werden sollte. Das MG besaß Staatsgebiet, aber keine Staatsgewalt, daher war es nach Ansicht von Schröder „ein staatsähnliches Gebilde“. Die Staatsangehörigkeit blieb ungeklärt. Deutschland betrachtete die Memelländer weiterhin als Deutsche, die Alliierten amtlich als Angehörige des MG.

Odry ließ am 12.3.1920 das Landesdirektorium von fünf Personen durch zwei Vertreter der Memellitauer auf sieben Mitglieder aufstocken. Bei der Volkszählung vom 30.9.1920 gaben 71.156 Personen die Familiensprache als Deutsch und 67.259 als Litauisch an. Eine Elternbefragung über ein litauischsprachiges Schulwesen ergab jedoch, dass nur 5,3% der Eltern einen litauischsprachigen Unterricht wünschten. Geeignete Memellitauer für die gehobene und mittlere Beamtenlaufbahn fand man nur wenige. Ab etwa 1921 gab die Besatzungsmacht ihre Bemühungen auf, die Memellitauer zur eigenen Identität zu ermutigen und trat stattdessen immer mehr für eine gemeinsame memelländische Identität ein.

Zuerst lehnte Berlin eine mögliche Selbstständigkeit des MG strikt ab und signalisierte Litauen, dass die deutsche Regierung keine Einwände gegen einen Anschluss des MG an Litauen hätte. Am 16.11.1921 kam es zu einem Gespräch und Gedankenaustausch zwischen Vertretern der litauischen Regierung und der Memelländer, aber die öffentliche Meinung im MG war eindeutig gegen den Anschluss an Litauen. Bald entstand eine Arbeitsgemeinschaft für den Freistaat Memelland und 85% der erwachsenen Bevölkerung traten ihr bei. Auch die deutsche Regierung erwärmte sich nach und nach für diese Option. Frankreich war zuerst gegen eine Eigenständigkeit des MG, aber als auch der letzte Versuch des Völkerbundes scheiterte, Litauen zu einer Union mit Polen zu bewegen, fing man auch in Frankreich an, sich für einen Freistaat zu engagieren.

Mitte 1922 drängte Großbritannien auf eine Lösung des Problems. Am 11.10.1922 nahm ein dafür gebildetes Sonderkomitee in Paris die Arbeit auf. Zuerst sollten Experten angehört werden. Deutsche und litauische Delegationen aus Memel und eine aus Polen wurden angehört, Vertreter aus Deutschland und Litauen dagegen nicht zugelassen. Deutschland stellte sich zwar nicht gegen einen Freistaat, wollte aber auf keinen Fall dort eine französische oder polnische Oberherrschaft zulassen. Die memeldeutsche Delegation favorisierte insgeheim den Freistaat, doch aus politischen Überlegungen stellte sie keine Forderungen und vermied es sogar, in Paris mit der deutschen Botschaft in Kontakt zu treten. Die memellitauische Delegation unter der Führung von Simonaitis und Gaigalaitis sprach sich für den Anschluss an Litauen aus, musste jedoch bald erkennen, dass dieser Vorschlag kein Gehör finden werde. Das

Memelkomitee unter dem Vorsitz von Laroche übernahm die Forderungen der polnischen Delegation, das MG als Mandatsgebiet der Großmächte unter einem Hohen Kommissar französischer Nationalität für zehn Jahre einzurichten und dem Völkerbund zu unterstellen. Litauen war verbittert, dass es wiederum zu den Verhandlungen über das Schicksal des MG nicht zugelassen war. Als danach die memellitauische Delegation in Kaunas von der drohenden Einrichtung eines Freistaates berichtete, entschloss sich die litauische Regierung, das MG mit Militärgewalt unter Vorspiegelung eines Aufstandes der memelländischen Bevölkerung zu besetzen. Nach dem Einmarsch litauischer Truppen trat Frankreich zuerst für eine Strafexpedition gegen Litauen ein, aber da man nicht sicher war, wie die Memelländer darauf reagieren würden, schickte man eine außerordentliche Kommission nach Memel, die einen Bericht erstellen und mit der litauischen Regierung in Verhandlungen treten sollte. Die bereits nach Memel geschickten Truppen wurden wieder abberufen.

Ich habe bewusst den Inhalt dieser Untersuchung, die keine Verlagsausgabe ist und daher nur in wenigen Bibliotheken vorhanden ist, ausführlich wiedergegeben, weil hier deutlich wird, wie wenig Litauen und die Memellitauer an der Abtrennung des MG vom Deutschen Reich 1919 beteiligt waren. Vor allem die Memelländer messen den Aufrufen und Proklamationen memellitauischer Organisationen immer noch ein großes Gewicht bei. In dieser Untersuchung wird jedoch deutlich, dass die Bemühungen der Memellitauer und des jungen litauischen Staates in Paris, wo die eigentlichen Entscheidungen fielen, überhaupt nicht beachtet wurden. Der Einmarsch litauischer Truppen entsprang der Ohnmacht, als man schließlich Ende 1922 feststellen musste, dass die von den Alliierten angedeutete Absicht, das MG an Litauen anzuschließen, nur als Verlockung für Litauen dienen sollte, sich an Polen zu binden. Die in aller Eile couragiert und recht besonnen durchgeführte Besetzung des Memellandes, die auch von Deutschland mitgetragen wurde, war eigentlich nicht die schlechteste Option für das MG, denn sie barg auch einige Vorteile für das MG: Die bisherige übermächtige Konkurrenz für Memel durch Königsberg fiel weg und das MG erhielt ein Hinterland, das an der wirtschaftlichen Stärkung des MG sehr interessiert war. Die Führungsschicht der Memelländer war daher anfänglich auch gar nicht so sehr gegen einen Anschluss an Litauen und hätte sich bei kluger Politik womöglich arrangiert. Litauen hätte jedoch nur dann die Loyalität der Memelländer gewinnen können, wenn es die Selbstverwaltung des MG geachtet hätte. Aber nach dem Putsch in Kaunas 1926 und dem Machtwechsel 1933 in Berlin kamen extrem nationalistische Kräfte an die Regierungen, die die Autonomie des MG nicht akzeptieren wollten.

Arthur Hermann

Giedrė Milerytė: Mažosios Lietuvos lietuvių egziliniai likimai 1944-1959 m. (Die Schicksale der Kleinlitauer im Exil 1944-1959). Vilnius: Versus Aureus 2009. 255 S. ISBN: 978-9955-34-246-5

Themen, die noch von keinem anderen Forscher untersucht wurden, kommen nicht sehr oft vor. Tritt noch ein persönliches Interesse des Verfassers hinzu, kann man von einem Glücksfall sprechen, wie in diesem Fall. Die Autorin stammt aus einer kleinlitauischen Familie, so dass sie wie berufen ist, über das Schicksal der Kleinlitauer im Exil nach 1944 zu schreiben, das bislang nirgends behandelt wurde, weder in Litauen, noch in den USA und schon gar nicht in Deutschland, wo man erst in den letzten Jahrzehnten gegen deutsche Staatsangehörige anderer Nationalitäten toleranter geworden ist. Noch in den fünfziger Jahren des zwanzigsten Jahrhunderts wurden die litauisch sprechenden Ostpreußen und Memelländer abwertend „Nationallitauer“ genannt und wie Verräter angesehen. Wenn man sie nicht ganz verschweigen konnte, dann wurde ihre Gruppe wenigstens auf einige wenige herabgestuft. Das das nicht stimmt und sie sich auch noch nach 1945 in Deutschland und später in Übersee bemühte, ihre Identität zu bewahren, belegt die Dissertation von Milerytė.

Vor allem in den vierziger und fünfziger Jahren entfalteten die geflüchteten Kleinlitauer aus dem Memelgebiet und Ostpreußen in den Westzonen, wo sie 1946 den Kleinlitauischen Rat (Mažosios Lietuvos Taryba, MLT) gründeten, eine überaus beachtenswerte Aktivität. 1947 zählte der MLT 12.000 Mitglieder und noch 1952, als ein beträchtlicher Teil der Kleinlitauer in Überseeländer auswanderte, hatte der MLT allein in Deutschland 6.500 Mitglieder. Erst als 1959 die einzige kleinlitauische Zeitschrift „Keleivis“ ihr Erscheinen einstellte und 1962 auch der Vorsitzende des MLT, Erdmonas Simonaitis, verstarb, erlahmte die kleinlitauische Aktivität in Deutschland. Aber in Amerika blieben die ausgewanderten Kleinlitauer noch bis in die neunziger Jahre aktiv und gründeten hier mehrere Organisationen, vor allem den Kleinlitauischen Fonds, mit dessen Mitteln und in dessen Auftrag zwischen 2000 und 2010 in Litauen das vierbändige Lexikon über Kleinlitauen erscheinen konnte.

Die Untersuchung basiert auf Archiven kleinlitauischer Organisationen und von Privatleuten, die nach 1990 größtenteils an verschiedene Institutionen in Litauen übergeben wurden. Das Schicksal der Kleinlitauer unterscheidet sich in einigen Punkten von dem der Großlitauer im Exil, auch wenn die beiden Gruppen sich sehr bemühten, als Glieder eines Volkes aufzutreten. Im Unterschied zu den übrigen Litauern besaßen die Kleinlitauer die deutsche Staatsangehörigkeit und wurden daher von den siegreichen Alliierten auch als Deutsche

eingestuft. Sie gehörten folglich nicht zu den „displaced persons“ (DP), die von der UNRRA in Lagern betreut und ernährt wurden. Daher mussten die Kleinlitauer wie alle Deutschen zusehen, wie sie in den Nachkriegswirren zu-rechtkamen. Erst 1948 gelang es den exillitauischen Organisationen, die UNRRA zu überzeugen, zumindest die Kleinlitauer aus dem Memelgebiet als litauische Bürger anzuerkennen, so dass einige von ihnen sich zu den DP gesellen konnten. Die große Mehrheit von ihnen aber teilte das Schicksal der Deutschen. Der MLT sah daher als seine wichtigste Aufgabe, die vor allem in Norddeutschland verstreut wohnenden Landsleute mit Lebensmitteln und Kleidern zu unterstützen, vor allem Kranke, Kinder und Alte. Exillitauer in Amerika übernahmen Patenschaften und schickten Lebensmittelpakete entweder an den MLT oder direkt an seine Mitglieder. Als es nach der Einführung der DM genügend Nahrung gab, wurden die Kleinlitauer nur noch mit Kleidern und vor allem mit Geld unterstützt. Darüber hinaus betätigte sich der MLT auch politisch. Bereits in der ersten, sogenannten Fuldaer Deklaration verpflichteten sich die Kleinlitauer, das Oberste Komitee zu Befreiung Litauens (VLIK), in dem alle litauischen Parteien vereinigt waren, zu unterstützen und für den Anschluss ganz Kleinlitauens bis nach Königsberg an Litauen zu kämpfen. Die Bemühungen des MLT, beim VLIK einen Sitz zu erhalten, blieben allerdings lange Zeit vergeblich, denn die hier dominierenden christlichen Parteien, die über eine knappe Mehrheit im VLIK verfügten, scheuten das Risiko, von anderen Gruppierungen überstimmt zu werden. Offiziell wurde die Ablehnung damit begründet, dass der MLT keine Partei sei und Menschen vertrete, die zum Teil außerhalb von Litauen gewohnt hätten. Auch im Exil erschwerten die Verbundenheit der Kleinlitauer mit dem deutschen Kulturkreis und ihr evangelischer Glaube die Zusammenarbeit der beiden Volksgruppen. Um endlich einen Sitz im VLIK zu bekommen, griff man zu einem Winkelzug: Der Vorsitzende des MLT, Simonaitis, wurde 1953 als Mitglied im VLIK aufgenommen, aber nicht als Vorsitzender des MLT, sondern als Vertreter einer eigens dafür in Amerika gegründeten kleinen Gruppierung der Kleinlitauer, der Widerstandsbewegung der Kleinlitauer (Mažosios Lietuvos rezistencinis sąjūdis, MLRS). Aber gerade dieser Schritt wurde von vielen Kleinlitauern - vor allem in Deutschland - nicht als richtig empfunden. Darüberhinaus wirkte sich die Zerstrittenheit der Parteien im VLIK auch im MLT aus und belastete eher seine Arbeit.

Kaum in Amerika angekommen, gründeten einige Kleinlitauer gemeinsam mit Großlitauern den Heimatbund der Freunde Kleinlitauens (Mažosios Lietuvos tėviškės mylėtojų draugija, MLTMD), der ausschließlich kulturelle Ziele verfolgte und die Erinnerung an Kleinlitauen auch unter den Großlitauern

wachhielt. Seine Abteilungen entstanden bald in allen größeren litauischen Exilzentren in den USA, Kanada und sogar in Australien. Der Bund entwickelte eine lebhafte Tätigkeit, organisierte Veranstaltungen mit kleinlitauischen Themen, sammelte Geld und unterstützte den MLT sowie die Kleinlitauer in Deutschland. Die Kleinlitauer mit Hochschulabschluss vereinigten sich in der Kommission für Westlitauische Studien (Lietuvos Vakarų studijų komisija, LVSK) und gaben über zehn Untersuchungen zu Kleinlitauen heraus.

Es fällt auf, dass der Führungskreis aller dieser Organisationen aus fast denselben Personen bestand. Sie gehörten meistens zu der jungen Generation der Kleinlitauer, die in der Zwischenkriegszeit im Memelgebiet litauische Schulen besucht und 1939 für Litauen optiert hatten. Im Unterschied zu den Großlitauern haben die Kleinlitauer nicht so sehr die sowjetische Besetzung ihrer Heimat angeprangert als weiterhin gegen die deutschen Ansprüche auf Kleinlitauen gekämpft. Als 1956 deutsche Vertreter in den USA sich bemühten, im Kongress die Frage der Zugehörigkeit Ostpreußens neu aufzurollen, wandten sich die kleinlitauischen Organisationen mit Gegendarstellungen an den Kongress. Und in Deutschland beobachteten die Kleinlitauer argwöhnisch die Tätigkeit der Ostpreußischen Landsmannschaft und vor allem die Aktivitäten der Arbeitsgemeinschaft der Memellandkreise, die in den fünfziger Jahren immer stärker für die Herstellung alter Grenzen eintraten. Beide Seiten bedienten sich weiterhin der Argumente und Gehässigkeiten der Zwischenkriegszeit. So reichte der Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft der Memellandkreise, Dr. Ottomar Schreiber, der nach 1949 in Bonn als Staatssekretär für Flüchtlingsfragen fungierte, Klage gegen Simonaitis wegen seiner Rente für die vierjährige Haft im KZ mit der Behauptung ein, dass er sie zu Unrecht bekäme, da er aus politischen Gründen verhaftet worden sei. Die Rente für Simonaitis wurde tatsächlich aberkannt, so dass er auf Unterstützung durch seine Landsleute angewiesen war. Diese und andere Schritte der deutschen Vertriebenen empörten die Kleinlitauer und schweißten sie eher zusammen.

1946-1947 entstand die Evangelische Exilkirche der Litauer, die auch die Kleinlitauer einschloss. Zum ersten Mal in der Geschichte bildeten somit die evangelischen Groß- und Kleinlitauer eine gemeinsame Kirche. Etliche Kleinlitauer schickten ihre Kinder an das Litauische Gymnasium in Hüttenfeld, wo sie noch bis in die siebziger Jahre etwa ein Drittel der Schüler ausmachten. In der zweiten Hälfte der Untersuchung werden Sitzungsprotokolle und Aufrufe kleinlitauischer Organisationen und zahlreiche Briefe kleinlitauischer Funktionäre veröffentlicht. Die Verfasserin verdient Lob und Anerkennung für ihre neutrale und kritische Bewertung der Aktivitäten und des Lebens der Kleinlitauer im Exil. Sie kritisiert die verengte Sicht der Kleinlitauer nach dem Krieg

und unterschlägt auch die Spannungen zwischen Groß- und Kleinlitauern nicht. Man kann nur bedauern, dass ihre Untersuchung lediglich bis 1959 reicht.

Arthur Hermann

Regina Laukaitytė: Lietuvos Bažnyčios vokiečių okupacijos metais 1941-1944 (Die Kirchen Litauens während der deutschen Okkupation 1941-1944). Vilnius: Lietuvos Istorijos Instituto Leidykla 2010. 335 S. III. ISBN: 978-9955-847-27-4

Kirchengeschichtliche Untersuchungen verlangen vom Verfasser viel mehr Einfühlungsvermögen als bei weltlichen Themen. Vom Forscher wird erwartet, dass er Geschehnisse und Amtsträger nicht aus Glaubensgründen überhöht und auch nicht hagiographisch darstellt, und trotzdem den Einfluss von biblischen Vorstellungen, Traditionen und Kirchenstrukturen auf das kirchliche Handeln berücksichtigt. Es ist daher für Historiker nicht einfach, den rechten Zugang zum kirchlichen Geschehen zu finden und dabei kritisch zu bleiben. Der Verfasserin dieser Untersuchung gelang dieser Spagat eindrucksvoll, indem sie alle Kirchen Litauens mit denselben Maßstäben behandelte, den von der deutschen Besatzungsmacht gewährten kirchlichen Spielraum ausreichend aufzeigte und vor allem die heikelsten Probleme dieser Zeit ins Zentrum der Untersuchung rückte. Dazu gehören die Zusammenarbeit der Kirchen mit der deutschen Besatzungsmacht und die Reaktion auf die Ausgrenzung und Vernichtung der Juden.

Der größte Teil der Untersuchung behandelt natürlich die Katholische Kirche. Die im unabhängigen Litauen so mächtige und einflussreiche Kirche verlor in dem einen Jahr der sowjetischen Okkupation 1940-1941 nicht nur ihre wirtschaftliche Basis. Sie wurde fast völlig aus der Öffentlichkeit verdrängt und auf gottesdienstliche Handlungen eingeengt. Zusätzlich geschockt durch die Festnahme und Verbannung eines Teils der Führungsschicht des Landes eine Woche vor dem Einmarsch der Deutschen, empfing der katholische Klerus - wie fast alle Litauer - die Wehrmacht als Befreier. Der Klerus - vor allem die Bischöfe - waren bereit, mit den Deutschen zusammen zu arbeiten. In den ersten Monaten schickten die Bischöfe Dankestelegramme an Hitler, empfingen den Generalkommissar für Litauen, von Renteln, mit Grußworten und ließen sich von den deutschen Instanzen zu Propagandazwecken allzu leicht einspannen. Die Katholische Kirche ließ sich willig zu Aufrufen gegen den Bolschewismus überreden. In den ersten Monaten gab es auch einige Äußerungen der Kirchenleitung gegen die Juden. Als deutsche Sonderkommandos und nationalistisch gesinnte Litauer angingen, Juden und Kommunisten massenwei-

se zu erschießen, blieben diese aus. Die Geistlichkeit, die wohl Antipathien gegen die Juden hegte, war sichtlich von einer solchen Brutalität geschockt. Dennoch sah sie sich nicht in der Lage, diesem Geschehen entgegen zu treten, und ignorierte es weitgehend. Es ist nur ein Fall bekannt, dass ein Pfarrer das Morden an den Juden in seiner Predigt geißelte. Als er Juden versuchte zu verstecken, wurde er mit ihnen zusammen erschossen. Die Kirchenleitung schwieg sich wegen der Behandlung der Juden aus, lediglich zugunsten getauften Juden sprach sie beim Generalkommissar vor, wenn auch ohne Erfolg. Der Generalkommissar ließ sie wissen, dass die Juden eine Angelegenheit der Deutschen seien. Ein Mitschuldeingeständnis der Katholischen Kirche Litauens in der Frage des Holocaust erfolgte erst im Zusammenhang mit dem Reuebekenntnis des Papstes im Jahr 2000. Allerdings haben etliche Pfarrer und Nonnen vor allem jüdische Kinder zu sich aufgenommen, sie weiter vermittelt und ihr Leben riskiert. Trotzdem wird im Großen und Ganzen deutlich, dass die Katholische Kirche – wie auch alle anderen Kirchen Litauens – die Judenvernichtung nicht als ihr Problem aufgefasst hatte. Die Kirchen wollten wegen den Juden ihre recht gedeihlichen Beziehungen zu der deutschen Besatzungsmacht keinesfalls aufs Spiel setzen. Erst ab 1943 fing die Katholische Kirche an, mehr Abstand zu deutschen Behörden zu gewinnen, vor allem nach dem misslungenen Versuch der Deutschen, auch in Litauen eine einheimische SS-Legion aufzustellen. Aus diesem Anlass sollten die Bischöfe einen Aufruf an die litauische Jugend verfassen. Die Bischöfe verweigerten ein solches Ansinnen und ließen sich in ihren Predigten lediglich zu allgemeinen Aussagen für einen verstärkten Kampf gegen den Kommunismus bewegen. Dennoch bemühte sich die deutsche Besatzungsmacht gerade im letzten Jahr ihrer Besetzung um das Wohlwollen der Kirchen in der Hoffnung, das verlorene Vertrauen der Bevölkerung zurück zu gewinnen, aber die schwindende Macht der Deutschen ließ alle Kirchenleitungen vorsichtig werden.

Im Vergleich zu der sowjetischen Okkupation gewährten die Deutschen den Kirchen viele Freiheiten. Sie konnten wieder ihre Kirchenstruktur aufbauen, in den Schulen Religionsunterricht erteilen und ihr religiöses Leben fast ungehindert gestalten. Dennoch erhielten sie den von den Sowjets verstaatlichten Kirchenbesitz nicht wieder zurück. Auch die Kontaktmöglichkeiten der katholischen Bischöfe zum Vatikan blieben eingeschränkt.

Eine Sonderbehandlung seitens der Deutschen erfuhr das Wilnagebiet, das im Oktober 1939 von den Sowjets zum Teil an Litauen zurückgegeben worden war. Die Deutschen haben diesen Teil und noch einige andere Gebiete dem Generalkommissariat Litauen zugeschlagen. Die hier lebenden Polen wurden von den Deutschen unterdrückt und in der Verwaltung durch Litauer ersetzt.

Anfang 1942 wurde der Metropolit des Bistums Wilna, R. Jalbszykowski, und viele polnische Pfarrer festgenommen und in Litauen interniert. Die Leitung des Erzbistums übernahm der bisherige Suffragan M. Reinys, der zugleich versuchte, die bislang in den Gottesdiensten der polnischen Gemeinden eingeschränkten litauischen und weißrussischen Sprachen auf Wunsch der Gläubigen zu erlauben. Reinys wurde jedoch von den polnischen Geistlichen weitgehend boykottiert. Weil das polnische Priesterseminar von den Deutschen aufgelöst und eine Neueröffnung verboten wurde, ließ Reinys ein litauisches Priesterseminar einrichten. Polnische Kandidaten wurden extern ausgebildet und examiniert. Reinys durfte die Teile seines Erzbistums, die außerhalb Litauens lagen, weder besuchen noch Anweisungen an die Pfarrer dort erteilen. Ihm war auch untersagt, sich an gemeinsamen Vorhaben mit seinen Bischofskollegen in Litauen zu beteiligen. Als der Vatikan Kritik an seinem Vorgehen beim Sprachenstreit vorbrachte, ließ sich Reinys von seinem Amt im Frühjahr 1944 entbinden.

Litauens Bischöfe bemühten sich, die ca. 30.000 litauischer Fremdarbeiter im Reich seelsorgerlich zu betreuen. Hier lebten auch ca. 20 litauische Geistliche, teils 1940/41 geflohen, teils zwecks Weiterbildung, denen man diese Aufgabe übertragen wollte. Die Reichsbehörden ließen jedoch lange die kirchliche Betreuung nicht zu. Erst im Frühjahr 1943 kamen sie dem Wunsch der Litauer entgegen und erlaubten einigen wenigen im Reich lebenden litauischen Pfarrern, ihre Landsleute zu betreuen.

Ein anderer heikler Punkt war der Wunsch des Vatikans, die in den von den Deutschen besetzten russischen Gebieten lebende Katholiken wieder kirchlich zu versorgen, da die Sowjets fast alle katholische Priester verbannt oder erschossen hatten. Der Vatikan sprach auch die Katholische Kirche Litauens an, sich an dieser Aufgabe zu beteiligen. In Litauen lebte der ehemalige Suffragan des katholischen Bezirks Leningrad, Teofilas Matulionis, der bis 1929 in Rußland gewirkt hatte und nach seiner Festnahme beim Gefangenenaustausch nach Litauen entlassen worden war. Matulionis wollte gerne sein Bischofsamt antreten, aber die Wehrmacht und die Okkupationsbehörden ließen das nicht zu. Er hoffte dennoch auf ein Einlenken und erbat von den litauischen Bischöfen die Freistellung einiger Pfarrer. Doch nur wenige Pfarrer meldeten sich für diesen Dienst freiwillig. 1942 wurde sogar ein Institutum Russicum in Kaunas eingerichtet, an dem bis zu 70 Personen mitwirkten, die aber nicht zum Einsatz gekommen sind.

Dagegen erlaubte die Wehrmacht dem Exarch im Baltikum und dem Metropolit der Orthodoxen Kirche in Litauen, Sergius (Voskresensky), in den besetzten nördlichen Gebieten Russlands die orthodoxen Gemeinden wieder auf-

zubauen und eine orthodoxe kirchliche Provinz mit Zentrum in Pskov zu gründen. Er errichtete in Vilnius 1943 ein orthodoxes Priesterseminar für den Dienst in Russland. Die Orthodoxe Kirche in Litauen, die aus 45 Gemeinden mit 88 Geistlichen und ca. 45.000 Gläubigen bestand, beteiligte sich an dieser Missionierung nur wenig. Die deutschen Behörden behandelten diese Kirche wegen ihrer strikten Ablehnung des Kommunismus und der Teilnahme an der Missionierung Russlands sehr zuvorkommend. Sie erhielt sogar einige Kirchenbauten zurück. Bei der deutschen Zivilverwaltung in Kaunas wurde darüber hinaus ein Büro eines Vertrauensrates für orthodoxe Angelegenheiten eingerichtet, das vor allem für die Mobilisierung russischer Männer für die deutsche Front warb.

Neben der dem Moskauer Patriarchat unterstellten Orthodoxen Kirche in Litauen gab es die Kirche der russischen Altgläubigen mit 61 Gemeinden, 59 Geistlichen und ca. 50.000 Gläubigen, die im 17./18. Jahrhundert nach Litauen geflüchtet waren. Während der sowjetischen Okkupation wurde ihr Leitungsgremium aufgelöst. Ein neuer Zentralrat bildete sich erst im Frühjahr 1942. Er kümmerte sich besonders um die Unterbringung der ca. 5.000 Altgläubigen aus dem Suwalkigebiet, die im Frühjahr 1941 auf den Höfen der nach Deutschland ausgewanderten Litauendeutschen angesiedelt wurden, aber nach ihrer Rückkehr im Sommer 1942 obdachlos geworden waren. Auch diese Kirche war den Deutschen gegenüber recht loyal.

Dagegen verhielten sich die evangelischen Kirchen sehr reserviert gegenüber der deutschen Verwaltung. Die Lutherische Kirche verlor durch die Auswanderung der Litauendeutschen im Frühjahr 1941 zwei Drittel ihrer Gläubigen und 80% der Geistlichen. In Litauen blieben nur noch ca. 25.000 Lutheraner mit fünf Pfarrern zurück. Der neu ernannte Präsident des Konsistoriums, Leijeris, lebte in Nordlitauen und hielt ganz bewusst nur die notwendigsten Kontakte zur Besatzungsmacht aufrecht. Das hing mit seiner Gegnerschaft gegen die deutschen Lutheraner in den dreißiger Jahren zusammen. Den ab Sommer 1942 als Kolonisten zurückgebrachten Litauendeutschen war jegliche Teilnahme an litauischen Gottesdiensten und Kontakt mit litauischen Pfarrern untersagt. Der ehemalige Senior der deutschen Gruppe, Tittelbach, der mit einem anderen litauendeutschen Pfarrer nach Litauen zurückkehren durfte, allerdings nicht in seiner Funktion als Pfarrer sondern nur als Hofbesitzer, bemühte sich, in Berlin eine Genehmigung für die Errichtung einer deutschen Lutherischen Kirche zu bekommen. Die deutschen Sicherheitskräfte haben dafür jedoch keine Genehmigung erteilt und schließlich auch diesen beiden Pfarrern untersagt, Gottesdienste außerhalb ihrer Wohnorte zu halten.

Auch die Reformierte Kirche hatte durch die Repatriierung der Deutschen im Frühjahr 1941 einen Teil ihrer Geistlichen und Gläubigen verloren, denen auch nach der „Befreiung“ Litauens nicht erlaubt wurde, nach Litauen zurück zu kehren. Die verbliebenen sechs Geistlichen mit ca. 20.000 Gläubigen beriefen noch im Juli 1941 eine Synode, wählten eine neue Leitung und konnten recht schnell die Kirchenstruktur neu aufbauen. Die Reformierten gaben 1942 zusammen mit den Lutheranern ein Gesangbuch und 1943 den Heidelberger Katechismus heraus. Da die Reformierten ihren Sitz in Nordlitauen in Biržai hatten, haben auch sie nur wenige Kontakte mit den deutschen Behörden gepflegt.

Der Untersuchung sind mehrere Aufrufe, Verlautbarungen und Sitzungsprotokolle der Katholischen Kirche sowie eine Liste von Geistlichen, die von den Deutschen belangt wurden, beigelegt. Von den litauischen Geistlichen wurden nur 21 bestraft, die meisten davon mit Gefängnis, dagegen wurden 163 polnische Geistliche festgenommen, von denen mehrere erschossen wurden. Ein Orts- und Namensverzeichnis beschließt diese hervorragende Untersuchung.

Arthur Hermann

Mažosios Lietuvos enciklopedija (Die kleinlitauische Enzyklopädie). Bd. 1-4. Vilnius: Mokslo ir Enciklopedijų Leidykla 2000-2009.

Was den zweiundhalb Millionen Ostpreußen nicht gelungen ist, haben die ca. 15.000 Kleinlitauer geschafft: die Herausgabe eines vierbändigen Lexikons über Nordostpreußen! Eigentlich behandelt es fast ganz Ostpreußen, wenn auch der Schwerpunkt auf Klein- bzw. Preußisch-Litauen, wie man gerne Nordostpreußen in Litauen nennt, liegt, weil dort jahrhundertlang mehrheitlich Litauer lebten und das Land prägten und die Ver- und Eindeutschung hier vor allem erst im 19. und 20. Jahrhundert erfolgte. Die Idee, eine Enzyklopädie herauszugeben, entsprang der kleinen Gruppe der Exilkleinlitauer in Nordamerika, aber sie konnte unter den Exilbedingungen nicht verwirklicht werden. Doch nach der politischen Wende 1990/91 stellte der noch in den fünfziger Jahren von Exilkleinlitauern gegründeter Kleinlitauischer Fonds sein Kapital für das Unternehmen in Litauen zur Verfügung. Er investierte 360.000 Dollar in die Herausgabe dieser Enzyklopädie. Als Grundwissen diente das von einigen entschlossenen Kleinlitauern vorbereitete Material. 1996 fand in Vilnius auf Initiative des Vorsitzenden des Fonds, Prof. Vilius Pėteraitis aus Montreal (1914-2008), die erste Besprechung von Gleichgesinnten statt. Eine Redaktion wurde gebildet und im Verlag für Wissenschaft und Enzyklopädien untergebracht. Die Arbeitsbedingungen waren fast die ganze Zeit sehr bescheiden: In

einem kleinen Raum drängten sich fünf bis sechs Mitarbeiter, deren Bezahlung auch für litauische Verhältnisse gering war, da der Litauische Staat diesem Unternehmen nur wenig Unterstützung gewährte. Dennoch hielten die Redaktion und die Herausgeber bis zum Abschluss des vierten Bandes durch. Der erste Band erschien im Jahr 2000 und umfasste die Buchstaben A-K, weil man ursprünglich nur eine zweibändige Ausgabe geplant hatte. Doch ein Mal ins Laufen gekommen wuchs die Zahl der Beiträge mit jedem Band und neue Mitarbeiter konnten gewonnen werden. Der zweite Band kam 2003 mit Buchstaben K-M (weil hier Klaipėda (Memel) und Klaipėdos Kraštas (das Memelgebiet) abgehandelt wurden), der dritte Band 2006 mit den Buchstaben M-R und schließlich 2009 (in Wirklichkeit 2010) R-Z heraus. Auch die Zahl der Seiten (von 775 auf 919) und Photographien wuchs stets mit.

Im Mittelpunkt steht natürlich das kleinlitauische Erbe dieses Landes, das nach dem Erscheinen dieser Enzyklopädie wohl von niemandem mehr als gering oder belanglos abgetan werden kann. Mit jedem Band vergrößerte sich auch die Zahl der Beiträge über das deutsche Umfeld dieser Region. Mit jeder Ausgabe änderten sich zusehends der Ton gegenüber den Deutschen und die Sichtweise auf die Geschichte dieser Region und vor allem auf das Zusammenleben der Ethnien in Nordostpreußen. Im ersten und auch noch im zweiten Band wurden bei den Deutschen noch häufiger negative Motive und Vorgehen hervorgehoben und alles Litauische heroisiert. Nach heftiger Kritik aus Litauen und Deutschland milderte sich im zweiten und dritten Band der Ton und im vierten Band gewann schließlich die sachliche Auseinandersetzung die Oberhand. Das alles hing auch mit den Veränderungen in der Redaktion und Herausgeberschaft zusammen. Nach dem dritten Band schied der Hauptredakteur Dr. Martynas Purvinas nach einem internen Streit aus, und auch der Tod des Hauptherausgebers Pėteraitis ermöglichte eine neue Sicht. Vor allem für den vierten Band wurden Mitarbeiter des Instituts für Geschichte und Archäologie im Baltischen Raum in Klaipėda herangezogen, so dass besonders dieser Band deutlich an Professionalität und gediegener Wissenschaftlichkeit gewann. Zu allen diesen Veränderungen trug auch der Umstand bei, dass ab dem zweiten Band alle eingereichten Beiträge zuerst einigen ausgesuchten Mitarbeitern in Litauen, Deutschland und in Übersee zur Korrektur zugeschickt wurden, so dass viele einseitige Aussagen rechtzeitig erkannt wurden.

Woran entzündete sich die Kritik litauischer und deutscher Historiker an den ersten Bänden dieser Enzyklopädie? Vor allem die Exilkleinlitauer haben den Streit der Vorkriegszeit um die Zugehörigkeit Kleinlitauens und des Memelgebietes in die Gegenwart herübergetragen, obwohl mittlerweile die Geschichtswissenschaft die Ereignisse viel differenzierter betrachtet. Auch die

in der Sowjetzeit aufgebaute Feindschaft allem Deutschen gegenüber trieb noch eine ganze Weile ihr Unwesen in den Köpfen mancher litauischer Intellektueller und vor allem im einfachen Volk. Das führte zu verzerrten und gegenteiligen Darstellungen der Litauer und der Deutschen. Doch mit jedem Band reifte die Qualität der Beiträge und man verzichtete immer mehr auf ideologische Schattierungen.

Erstaunlich ist die hohe Auflage von 4000 Exemplaren pro Band. Die meisten großen wissenschaftlichen Bibliotheken in Deutschland haben sich das Nachschlagewerk angeschafft. Erfreulich ist auch, dass die Redaktion der kleinlitauischen Enzyklopädie nicht aufgelöst wurde, sondern sich bereits mit Vorbereitung einer einbändigen Ausgabe auf Englisch, Deutsch und Russisch beschäftigt. Es ist vorgesehen, für den ersten Teil dieser neuen Ausgabe umfangreichere neue Beiträge über das Land, die Geschichte, Kultur, Wirtschaft etc. Kleinlitauens zu verfassen, und im zweiten Teil gekürzte Beiträge über Personen und Orte aus den erschienenen Bänden zu übernehmen. Diese Ausgabe soll 2013 erscheinen. Vor allem die deutsche Ausgabe dürfte in Deutschland auf großes Interesse stoßen.

Arthur Hermann

ANZEIGEN

Agenturmeldungen der litauischen politischen Polizei über den Kulturverband der Deutschen Litauens. Vorbereitet u. übers. v. Klaus Fuchs u. hrsg. zusammen mit der Landsmannschaft der Deutschen aus Litauen.

Remchingen und Leonberg.

[T.1.] 13.9.1934 – 5.3.1937. 2010. 115 S.

Nach Redaktionsschluss erhielten wir den ersten Teil dieser Quellensammlung mit Meldungen der litauischen Sicherheitspolizei über die Tätigkeit des Kulturverbandes in den Jahren 1934-1937. Die Meldungen ermöglichen, die innere Struktur des Kulturverbandes und seine Beziehungen zu reichsdeutschen Institutionen zu erkennen, zeigen jedoch zugleich auch das ganze Ausmaß der Überwachung der deutschen Minderheit durch die litauische Polizei. Eine eingehende Rezension werden wir nach dem Erscheinen des Fortsetzungsbandes in der nächsten Nummer der AA veröffentlichen. Interessierte an diesem Thema verweisen wir auf den Beitrag von *Ingrida Jakubavičienė* in der diesjährigen Nummer der AA.

Die beiden Bände der „Agenturmeldungen...“ sind zu beziehen bei: Landsmannschaft der Deutschen aus Litauen, Dresdener Str. 13, 71229 Leonberg.

Uwe Rada: Die Memel. Kulturgeschichte eines europäischen Stromes. München: Siedler-Verlag 2010. 366 S., Ill. ISBN 978-3-88680-930-1

Ebenfalls nach dem Redaktionsschluss erschien diese großartige Darstellung von Leben und Kultur an der Memel. Wir werden eine ausführliche Rezension in der nächsten Nummer veröffentlichen.

Sigita Barniškienė: Auch ich muss wandern zur Heimat zurück. Litauen und ostpreußische Literatur. Berlin: Saxa-Verlag 2009. 218 S. (Universitätschriften. Bd. 4) ISBN 978-3-939060-20-8

Wir sind auf diese Veröffentlichung zu spät aufmerksam geworden. Eine Rezension erfolgt in der nächsten Nummer der Annaberger Annalen.